



## Weniger ist mehr

### Abbau bürokratischer Hemmnisse

Unnötige Bürokratie und Überregulierung behindern unternehmerisches Engagement und wirtschaftliche Dynamik. Insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen sowie bei Existenzgründern sind Statistikpflichten etc. meist Chef-Sache. Die Leistungsfähigkeit wird damit zu sehr eingeschränkt und der wirtschaftliche Erfolg gefährdet. Die Entlastung in Bezug auf Informations- und Berichtspflichten der Wirtschaft ist deshalb ein zentrales Anliegen der Koalition.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat zusammen mit dem Koalitionspartner im Zweiten Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft (MEG II) dafür Sorge getragen, dass unnötige bürokratische Regulierungen wegfallen. Das MEG II wurde am 13.6.2007 vom Bundes-

tag verabschiedet. Existenzgründer werden von statistischen Berichtspflichten entlastet und bei Kleinunternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten werden statistische Erhebungen auf weniger als drei Stichproben reduziert. Weiterhin werden in der Dienstleistungskonjunkturstatistik durch die stärkere Verwendung bereits vorhandener Verwaltungsdaten überflüssige Belastungen abgebaut. Außerdem werden das Gaststättengesetz, das Gewerberegister, das Preisangaben- und Preisklauselgesetz, das Straßenverkehrsgesetz, das Personenbeförderungsgesetz und die Unternehmensstatistik im Güterverkehr von unnötigen Informations- und Berichtspflichten befreit.

Die Einführung der Datenübertragung für Arbeitgeberbescheinigungen für Entgeltersatzleistungen wird die Nutzung der Datensätze effizienter machen. Von



photothek.net

besonderer Bedeutung ist der Wegfall von Doppelprüfungen durch die Übertragung der Betriebsprüfung der Unfallversicherer auf die Betriebsprüfung der Rentenversicherer.

Weitere Gesetze zur Entlastung der Wirtschaft von Informations- und Berichtspflichten werden folgen.

## Regionale Wirtschaftsstruktur verbessern

### SPD-Bundestagsfraktion legt Antrag vor

**Die Globalisierung und der europäische Erweiterungsprozess verschärfen den Wettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze. Vor allem strukturschwache Regionen geraten dabei unter Druck. Der Wettbewerb führt zu einer Verstärkung der regionalen Ungleichheiten in Deutschland. Wachstum und Beschäftigung für alle Regionen ist daher Ziel einer Antragsinitiative der SPD-Bundestagsfraktion, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu erreichen.**

Der von der SPD-Fraktion jetzt verabschiedete Antrag fordert die Bundesregierung auf, regionale Wirtschaftsstrukturen zu stärken und die regionale Wirtschaftsförderung als eine der Prioritäten der Wirtschaftspolitik zu optimieren. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ werden die ostdeutschen Regionen in Gänze und auch westdeutsche strukturschwache Regionen gefördert. Diese sollen ermuntert werden, regionale Entwicklungsstrategien und -konzepte aufzustellen. Au-

ßerdem sollen auf europäischer Ebene die regionalpolitischen Ansätze erhalten bleiben. Da die regionale Infrastrukturförderung im Vorfeld der Antragstellung im Unterausschuss für regionale Wirtschaftspolitik umstritten war, soll die Infrastrukturförderung in Zukunft intensiver evaluiert und besser zwischen den Fachpolitiken abgestimmt werden.

Die Plenarbehandlung für den Antrag ist für den 21. Juni 2007 vorgesehen.